

Firma/Gericht/Behörde	Bereich	Information	V.-Datum Relevanz
WALTER BAU- AKTIENGESELLSCHAFT Augsburg	Rechnungslegung/Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2007	18.08.2009 100%

- [»Druckversion](#)

# **WALTER BAU- AKTIENGESELLSCHAFT i. I.**

**Augsburg**

**Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2007**

**Lagebericht und Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007**

**Bericht über die Lage für das Geschäftsjahr 2007**

## **1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen**

Am 1.4.2005 wurde über das Vermögen der WALTER BAU-AG i. I. beim Amtsgericht Augsburg das Insolvenzverfahren eröffnet.

Da eine Weiterführung der WALTER BAU-AG i. I. als Ganzes z. B. im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens nicht möglich war, wurde mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens der operative Geschäftsbetrieb nahezu vollständig eingestellt. Wesentliche überlebensfähige Betriebsteile und intakte Tochtergesellschaften wurden bereits im Jahre 2005 veräußert.

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erstreckt sich seit 2005 ausschließlich auf die insolvenzbedingte Abwicklung, was mit einem entsprechenden weiteren Rückgang des Geschäftsvolumens im Jahre 2007 im Vergleich zum Vorjahr verbunden war.

Folgende mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens eingeleitete Tätigkeiten wurden im Geschäftsjahr 2007 kontinuierlich fortgeführt.

### **1.1. Verwertungsaktivitäten**

- Um die überwiegend zugunsten der avalgebenden Banken und Kreditversicherer verpfändeten Immobilien einer geordneten weiteren Verwaltung, Bewirtschaftung und letztlich Verwertung zuführen zu können, wurden im April/Mai 2005 Vereinbarungen über eine sogenannte „kalte Zwangsverwaltung“ und die freihändige Verwertung der Immobilien mit dem Sicherheitenpool geschlossen.

Hiernach obliegen diese Aufgaben wie bisher der Immobilienabteilung der WALTER BAU-AG i. I. unter Federführung des Insolvenzverwalters gegen entsprechende Massekostenbeiträge aus den erzielten Netto-Kaltmieten sowie aus den Veräußerungserlösen.

- Die Verwertung des übrigen Sachanlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch die BS-Baugeräte-Service GmbH & Co. KG i. I. und ist zum größten Teil abgeschlossen. Restverkäufe erfolgen sukzessive.
- Der Einzug der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verwertung weiterer wesentlicher Aktiva, vor allem der Forderungen gegen Arbeitsgemeinschaften, gegen verbundene Unternehmen sowie sonstiger Forderungen und Vermögensgegenstände, wurden fortgesetzt.

## 1.2. Weitere Abwicklungsmaßnahmen

- Avalmanagement

Zum Zwecke einer geordneten Abwicklung des bestehenden Avalbestandes, d. h. einer Minderung der Inanspruchnahme und Vermeidung von ungerechtfertigten Inanspruchnahmen, wurde zwischen der Insolvenzverwaltung und den Banken am 17.3./12.4.2005 sowie mit Nachträgen vom 30.11.2005, 28.11.2006 und 7.11.2007 und 2.10.2008 ein Avalmanagementvertrag geschlossen. Mit der Koordination der Avalabwicklung wurde in einem gesonderten Vertrag vom 20.4.2005 und Ergänzungsvereinbarung vom 21./22.12.2005 die auf Avalabwehr spezialisierte p.e.o.s. GmbH, Neu-Isenburg, beauftragt. Die Kosten der Avalabwicklung werden zuzüglich einer Erfolgsprämie vollständig von den Banken übernommen.

Weiterhin besteht mit den Kreditversicherern ein im Juni 2005 mit Nachtrag vom

November 2005 geschlossener Rahmenvertrag, wonach Unterstützungsleistungen bei der Avalabwehr seitens der Kreditversicherer nur einzelfallweise in Anspruch genommen werden. Ein exakter aktueller Abwicklungsstand liegt diesbezüglich nicht vor.

- Archivierung

Die Archivierung des ursprünglich vorhandenen Aktenbestandes ist nahezu abgeschlossen. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung und Einbringungsvertrag vom April 2007 hat die WALTER BAU-AG i. I. sämtliche zum Archivierungsbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände, insbesondere die Archivcontainer, Lizenzen, Gabelstapler etc., mit Wirkung vom 1.1.2007 in die AME Gesellschaft für Archivierungsmanagement mbH, Augsburg, eingebracht. Die AME, eine zunächst 100 %ige Tochtergesellschaft der WALTER BAU-AG i. I., erbringt sämtliche Archivierungsleistungen inklusive Aktenvernichtung für die WALTER BAU-AG i. I.

- Forderungsanmeldungen

Die Detailprüfungen der zur Insolvenztabelle angemeldeten Forderungen wurden im Jahre 2007 fortgesetzt.

In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Abstimmung und Überprüfung der geltend gemachten Aus- und Absonderungsrechte mehrerer

hundert Eigentumsvorbehaltslieferanten, die durch zwei Lieferantenpools repräsentiert werden.

Weitere Informationen zum Stand des Insolvenzverfahrens sind von berechtigten Interessenten (Gläubigern) in den entsprechenden Internet-Veröffentlichungen des Insolvenzverwalters unter [www.schneidergeiwitz.de](http://www.schneidergeiwitz.de) ersichtlich.

## 2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

In Anwendung der Stellungnahme zur Rechnungslegung (RS) Nr. 17 des Hauptfachausschusses (HFA) des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IdW) war im Sinne einer Werterhellung bereits der Jahresabschluss per 31.12.2004 unter dem Aspekt des im Jahre 2005 eingetretenen Insolvenzereignisses aufzustellen. Insbesondere musste die Bewertung unter Abkehr von der bisherigen Fortführungsprämisse erfolgen. Diese Bewertungsänderungen wirken sich teilweise noch in der Ertrags- und Vermögenslage des Jahres 2007 aus.

### 2.1. Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild:

	2007		2006	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Umsatzerlöse	8,4	100,0	17,8	100,0
Bestandsveränderung	- 0,2	- 2,4	- 4,0	- 22,5
	8,2	97,6	13,8	77,5
sonstige Erträge	26,4	314,3	18,4	103,4
Materialaufwand	- 1,6	- 19,0	- 2,7	- 15,2
Rohergebnis	33,0	392,9	29,5	165,7
Personalaufwand	- 5,7	- 67,9	- 10,7	- 60,1
Abschreibungen	- 0,1	- 1,2	- 1,8	- 10,1
sonstige Aufwendungen	- 12,1	- 144,1	- 14,8	- 83,1
Betriebliches Ergebnis	15,1	179,7	2,2	12,4
Finanzergebnis	3,1	36,9	- 0,8	- 4,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18,2	216,6	1,4	7,9
außerordentliches Ergebnis	15,1	179,7	- 6,4	- 36,0
Steuern	- 0,3	- 3,6	0,1	0,6
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)	33,0	392,7	- 4,9	- 27,5

	Veränderung	
	Mio. €	%
Umsatzerlöse	- 9,4	- 52,8
Bestandsveränderung	3,8	95,0
	- 5,6	- 40,6
sonstige Erträge	8,0	43,5
Materialaufwand	1,1	40,7
Rohergebnis	3,5	11,9
Personalaufwand	5,0	46,7
Abschreibungen	1,7	94,4
sonstige Aufwendungen	2,7	18,2
Betriebliches Ergebnis	12,9	x)
Finanzergebnis	3,9	x)
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16,8	x)
außerordentliches Ergebnis	21,5	x)
Steuern	- 0,4	x)
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)	37,9	x)

x) Angabe nicht sinnvoll

Der weitere deutliche Rückgang der Geschäftstätigkeit im Jahre 2007 ist vor allem in den Bereichen Umsatzerlöse, Material-, Personal- und sonstige Aufwendungen erkennbar.

Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr 2007 ausschließlich aus der insolvenzbedingten Abwicklungstätigkeit erzielt.

Die sonstigen Erträge erhöhten sich gegenüber 2006 aufgrund gestiegener Erträge aus Anlagenverkäufen von € 8,4 Mio. (Vorjahr € 3,5 Mio.) und periodenfremder Erträge aus der Auflösung verjährter Verbindlichkeiten von € 11,2 Mio. (Vorjahr € 0,0 Mio.).

Aufgrund dieser Sondereinflüsse wurde ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von € 18,2 Mio. gegenüber € 1,4 Mio. im Vorjahr erzielt. Wegen zusätzlicher, per Saldo positiver, außerordentlicher Ergebnisanteile von € 15,1 Mio. (Vorjahr - € 6,4 Mio.) beträgt der Jahresüberschuss € 33,0 Mio. gegenüber einem Jahresfehlbetrag im Jahre 2006 von - € 4,9 Mio.

Das außerordentliche Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

- insolvenzbedingte Erträge aus der Auflösung von Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von € 25,1 Mio. (Vorjahr € 8,2 Mio.),
- Aufwendungen aus insolvenzbedingten Bewertungserfordernissen in Höhe von € 10,0 Mio. (Vorjahr € 14,6 Mio.). Zu den Maßnahmen im Einzelnen wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen.

## 2.2. Finanzlage

Die Finanz- und Liquiditätslage der WALTER BAU-AG i. I. wird anhand der folgenden, nach der indirekten Methode erstellten, Kapitalflussrechnung erläutert.

	2007	2006
	Mio. €	Mio. €
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	17,9	1,5
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens <sup>1)</sup>	0,2	1,8
Abnahme der Rückstellungen <sup>2)</sup>	- 30,4	- 85,9
sonstige zahlungsunwirksame Erträge	- 11,2	0,0
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 7,9	- 3,3
Ab-/Zunahme der nicht abgerechneten Bauten	0,0	3,7
Ab-/Zunahme der erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen	0,0	- 3,7
Abnahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind <sup>3)</sup>	8,9	38,6
Abnahme anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind <sup>4)</sup>	- 23,6	- 38,4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	- 46,1	- 85,7
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	18,7	5,8
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	20,5	1,4
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	0,0	- 0,1
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 0,2	0,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	39,0	7,1
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	39,4	104,8
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	- 28,2	- 29,6
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	11,2	75,2
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	4,1	- 3,4
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	39,2	42,6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	43,3	39,2

1) bereinigt um außerordentliche Posten € 4,0 Mio. (Vorjahr € 1,7 Mio.)

2) bereinigt um außerordentliche Zuführungen € 0,0 Mio. (Vorjahr € 6,6 Mio. )

3) bereinigt um außerordentliche, nicht zahlungswirksame Posten € 6,0 Mio. (Vorjahr € 5,5 Mio.)

4) bereinigt um außerordentliche, nicht zahlungswirksame Posten € 25,1 Mio. (Vorjahr € 7,4 Mio.)

Der Finanzmittelfonds entspricht den in der Bilanz ausgewiesenen flüssigen Mitteln. Teile des Finanzmittelfonds in Höhe von € 1,7 Mio. (Vorjahr € 4,4 Mio.) waren zum Bilanzstichtag als Sicherheiten hinterlegt und somit nicht frei verfügbar.

Der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von € - 46,1 Mio. (Vorjahr € - 85,7 Mio.) ist gekennzeichnet durch eine weitere Abnahme der Rückstellungen mit € 30,4 Mio. (Vorjahr € 85,9 Mio.), der sonstigen Passiva mit € 23,6 Mio. (Vorjahr € 38,4 Mio.) und Aktiva mit € 8,9 Mio. (Vorjahr € 38,6 Mio.), jeweils nach Bereinigung um außerordentliche und sonstige zahlungsunwirksame Posten.

Die Verringerung der Rückstellungen beruht vor allem auf der Konkretisierung bisher rückgestellter Beträge und deren Umgliederung in die Verbindlichkeiten (z. B. bei Bürgschaftsinanspruchnahmen und Auszahlung durch die Banken).

Die Verbindlichkeiten sind per Saldo durch Tilgungen aus der Verwertung von Sicherheiten, aus der Inanspruchnahme von (Lieferanten-) Bürgschaften sowie der Rückführung von Masseschulden gesunken.

Der Rückgang der Aktiva ist durch deren kontinuierliche Verwertung geprägt.

Investitionen in Sach- und Finanzanlagen erfolgten nur in geringem Umfang (€ 0,2 Mio., Vorjahr € 0,1 Mio.). Abwicklungsbedingt wurden weitere Zuflüsse aus dem Verkauf von Anteilen an Beteiligungsgesellschaften sowie von Grundstücken und sonstigen Gegenständen des Anlagevermögens erzielt. Die Erlöse aus verpfändeten Immobilien wurden zur Rückführung der hierdurch besicherten Verbindlichkeiten verwendet.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultiert aus einer weiteren Erhöhung des sich aus laufenden Bürgschaftsinanspruchnahmen ergebenden Kredits aus Avalziehungen um € 39,4 Mio. (Vorjahr € 104,8 Mio.). Dementgegen stehen Tilgungen des Avalkredits um € 18,2 Mio. (Vorjahr um € 19,6 Mio.) sowie des Massekredits von € 10,0 Mio. (Vorjahr € 10,0 Mio.).

Insgesamt erhöhte sich der Finanzmittelfonds um € 4,1 Mio. auf € 43,3 Mio., d. h. die Finanzmittelzuflüsse aus der Verwertung unverpfändeten Vermögens sowie aus erzielten Massekostenbeiträgen übersteigen insbesondere die Abflüsse aufgrund der laufenden Kosten der Abwicklungstätigkeit.

### 2.3. Vermögenslage

Ein Vergleich der Bilanz zum 31.12.2007 mit dem 31.12.2006 ergibt folgendes Bild:

	31.12.2007		31.12.2006	
	Mio. €	%	Mio. €	%
<b>Anlagevermögen</b>				
Sachanlagen	13,8	10,9	26,7	15,5
Finanzanlagen	12,8	10,2	35,2	20,4
	26,6	21,1	61,9	35,9
<b>Umlaufvermögen</b>				
Vorräte	10,2	8,0	17,3	10,1
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere, Rechnungsabgrenzung	46,2	36,6	54,0	31,3
Flüssige Mittel	43,3	34,3	39,2	22,7
	99,7	78,9	110,5	64,1
<b>Summe Aktiva</b>	<b>126,3</b>	<b>100,0</b>	<b>172,4</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>- 1.401,2</b>	<b>- 1.109,4</b>	<b>-1.434,2</b>	<b>- 831,9</b>
<b>Fremdkapital</b>				
Rückstellungen	670,0	530,5	700,4	406,3
Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzung	857,5	678,9	906,2	525,6
	1.527,5	1.209,4	1.606,6	931,9
<b>Summe Passiva</b>	<b>126,3</b>	<b>100,0</b>	<b>172,4</b>	<b>100,0</b>

	Veränderung	
	Mio. €	%
<b>Anlagevermögen</b>		
Sachanlagen	- 12,9	- 48,3
Finanzanlagen	- 22,4	- 63,6
	-35,3	- 57,0
<b>Umlaufvermögen</b>		
Vorräte	- 7,1	- 41,0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere, Rechnungsabgrenzung	- 7,8	- 14,4
Flüssige Mittel	4,1	10,5
	- 10,8	- 9,8
<b>Summe Aktiva</b>	- 46,1	- 26,8
<b>Eigenkapital</b>	33,0	2,3
<b>Fremdkapital</b>		
Rückstellungen	- 30,4	- 4,3
Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzung	- 48,7	- 5,4
	- 79,1	- 4,9
<b>Summe Passiva</b>	- 46,1	- 26,8

Die Bilanzen sind geprägt durch die insolvenzbedingte Abwicklung und die damit verbundene Verwertung des vorhandenen Vermögens.

Zur Abnahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten wird auf die Erläuterungen zur Finanzlage verwiesen.

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten vergleiche die entsprechenden Ausführungen im Anhang zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

### **3. Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)**

Im Jahre 2008 sowie bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des vorliegenden Jahresabschlusses (20.5.2009) wurden die im Jahre 2005 begonnenen Verwertungs- und Abwicklungsaktivitäten kontinuierlich fortgesetzt.

Im Zuge der sukzessiven Reduzierung des Geschäftsumfanges hat sich die Anzahl der zunächst mehreren Hundert in der Restabwicklung der WALTER BAU-AG i. I. und deren insolventer Tochtergesellschaften beschäftigten Mitarbeiter bis Ende März 2009 auf 42 verringert (ohne Aushilfskräfte).

Im Bereich der Finanzanlagen wurden im Jahre 2008 die Anteile an der Fazenda Sao Paulo Do Cravari S/A sowie weitere geringfügige Wertpapier- und Beteiligungsbestände veräußert. Mit Übertragungsvertrag vom 30.1.2009 wurden 74,9 % der Anteile an der mit Erbringung sämtlicher Archivierungsdienstleistungen beauftragten AME Gesellschaft für Archivierungsmanagement mbH, Augsburg, an einen externen Erwerber unter Beibehaltung des bisherigen Dienstleistungsumfanges übertragen.

Die Veräußerungserlöse aus im Rahmen der kalten Zwangsverwaltung erfolgten Verkäufe belasteter und unbelasteter Grundstücke betragen bis Ende März 2009 für die WALTER BAU-Gruppe insgesamt rund € 122,2 Mio.

Aus den ursprünglich an die Deutsche Bank AG London abgetretenen Forderungen aus Altprojekten konnten bis zum 31.3.2009 € 42,2 Mio. vereinnahmt werden. Im Frühjahr 2008 wurde mit der Deutsche Bank AG London eine Vereinbarung dahingehend getroffen, dass die Deutsche Bank AG London keine weiteren Zahlungen aus den vereinnahmten oder noch zu vereinnahmenden Beträgen erhält. Zur Tabelle waren im Gegenzug € 48,1 Mio. als verbliebene Darlehensverbindlichkeit anzuerkennen.

Am 11./18.6.2008 wurde mit den die bevorrechtigten Gläubiger vertretenden Lieferantenpools eine Abgeltungsvereinbarung getroffen, wonach durch Zahlungen von insgesamt € 5,0 Mio. sämtliche Absonderungs- und sonstigen Sicherungsrechte abschließend befriedigt und erledigt werden.

Zwei seit den Fusionen der WALTER BAU-AG i. I. mit der HEILIT + WOERNER BAU-AG und der DYCKERHOFF & WIDMANN AG in den Jahren 2000 und 2001 anhängige Spruchstellenverfahren wurden durch gerichtlich am 18.12.2008 geschlossene Vergleiche dahingehend beendet, dass die ehemaligen Aktionäre der untergegangenen Gesellschaften weitere bare Zuzahlungen erhielten. Zuzüglich zu tragender Verfahrenskosten belief sich die Belastung der Insolvenzmasse hieraus auf rund € 0,8 Mio.

Ende 2008/Anfang 2009 wurde beschlossen, eine erste Abschlagszahlung von ca. 15 % auf den Sozialplan vorzunehmen. Die Zahlungen hieraus werden sich voraussichtlich auf rund € 5,6 Mio. belaufen.

Im April 2009 war von dem von den Banken und Kreditversicherern herausgelegten Avalrahmen von € 1.154,0 Mio. ein Betrag von € 547,2 Mio. in Anspruch genommen und hiervon wiederum waren € 400,8 Mio. zur Zahlung freigegeben. Aufgrund der Tätigkeit des Avalmanagements im Rahmen des mit den Banken geschlossenen Vertrages konnte bislang ein Enthaftungsbetrag von € 53,2 Mio. realisiert

werden.

Im Jahre 2008 wurde die laufende Umsatzsteuer-Sonderprüfung hinsichtlich offener umsatzsteuerlicher Sachverhalte der Jahre 2002 bis 2004 endgültig abgeschlossen. Vorläufig beendet wurde die Umsatzsteuer-Sonderprüfung für den Zeitraum Januar bis März 2005 für alle Sachverhalte, die bis zum 20.5.2008 bekannt und deklariert waren. Aus beiden Prüfungen sich ergebende hohe Erstattungsansprüche führten dazu, dass zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung keine Schuld aus vor Insolvenzeröffnung resultierenden Steuern mehr bestand.

Mit Schreiben vom 9.4.2009 hat das Finanzamt einer beantragten Verlängerung des Abwicklungs-Besteuerungszeitraums i. S. v. § 11 Abs. 1 i. V. m. Abs. 7 KStG auf zunächst 6 Jahre, bis einschließlich 2010, zugestimmt.

#### **4. Risiken der zukünftigen Entwicklung (Risikobericht)**

##### 4.1. Verfahrensrisiken

Im Rahmen eines eröffneten Insolvenzverfahrens besteht grundsätzlich das Risiko der Verfahrenseinstellung aus Masseinsuffizienz durch das Insolvenzgericht vor einem regulären Abschluss des Verfahrens, was aus zweierlei Gründen erfolgen kann:

- Einstellung mangels Masse gem. § 207 Abs. 1 InsO Stellt sich nach Verfahrenseröffnung heraus, dass die Insolvenzmasse nicht ausreicht, um die Kosten des Verfahrens zu decken, wird das Verfahren eingestellt. Zur Verwertung noch vorhandener Massegegenstände ist der Insolvenzverwalter nicht verpflichtet.
- Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit gem. § 211 Abs. 1 InsO Sind zwar die Kosten des Verfahrens durch die Insolvenzmasse gedeckt, reicht diese jedoch nicht aus, um die fälligen sonstigen Masseverbindlichkeiten oder die darüber hinaus bestehenden Masseverbindlichkeiten zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit zu decken, so hat der Insolvenzverwalter dem Gericht Masseunzulänglichkeit anzuzeigen (§ 208 Abs. 1 InsO). Weitere Verwertungsmaßnahmen nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit und vor der Einstellung des Verfahrens sind zulässig.

Der Eintritt beider oben beschriebener Sachverhalte ist nach heutigem Kenntnisstand im Rahmen des WALTER BAU-Insolvenzverfahrens unwahrscheinlich.

Der im Jahre 2005 durch ein Bankenconsortium unter der Führung der Deutsche Bank AG, Filiale München, als Betriebsmittelkredit gewährte Massekredit in Höhe von € 20,0 Mio. wurde im Jahre 2007 vollständig zurückgeführt.

Wie eine vorläufige Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung zeigt, wurden im Zeitraum vom 1.4.2005 bis 30.4.2009 Einzahlungen in Höhe von insgesamt € 259,9 Mio. realisiert (ohne Massekredit), denen Auszahlungen in Höhe von € 228,1 Mio. (ohne Tilgung Massekredit) gegenüberstehen.

Zwischenzeitlich (Stand: 15.5.2009) verfügt die WALTER BAU-AG i. I. über Bankguthaben in Höhe von € 39,1 Mio., wovon € 1,5 Mio. im

Hinblick auf mögliche Auszahlungsansprüche drittberechtigter Gläubiger hinterlegt sind. Somit beträgt die freie Liquidität € 37,6 Mio. Zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung am 1.4.2005 lag der Bankbestand bei € 7,4 Mio.

Sämtliche fälligen Masseverbindlichkeiten werden laufend beglichen, inklusive bisher fakturierter Verfahrenskosten. Zum 30.4.2009 bestanden Masseverbindlichkeiten in Höhe von € 0,8 Mio.

Die regelmäßig anfallenden Personal- und Sachkosten im Rahmen der Verfahrensabwicklung betragen derzeit bei grundsätzlich sinkender Tendenz monatlich rund € 0,4 Mio. nach Kostenweiterverrechnungen.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass nach heutigem Kenntnisstand kein Risiko einer nicht zur weiteren geordneten Abwicklung ausreichenden Masse besteht.

#### 4.2. Bewertungsrisiken

Der Jahresabschluss und der Lagebericht beinhalten Wertansätze, Angaben und Aussagen, die auf die Zukunft gerichtet sind und auf Annahmen, Erwartungen und Schätzungen beruhen. Wesentliche Schätzungen sind im vorliegenden Jahresabschluss in folgenden Bereichen enthalten:

- außerplanmäßige Abschreibungen im Anlage- und Umlaufvermögen,
- Rückstellungen für drohende Verpflichtungen und Inanspruchnahmen.

Zu Einzelheiten wird auf die Erläuterungen im Anhang, insbesondere zu den Rückstellungen und zum außerordentlichen Ergebnis, verwiesen.

Obige in die Zukunft gerichtete Wertansätze, Angaben und Aussagen basieren auf Umständen, die zum Zeitpunkt der Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht bekannt waren. Die zugrunde liegenden Annahmen und Erwartungen sind zwar realistisch, jedoch kann aufgrund allen Prognosen und Schätzungen innewohnender Risiken und Unsicherheiten nicht gewährleistet werden, dass sich diese auch als richtig erweisen werden.

Einen Überblick über das Gesamtrisiko möglicher Inanspruchnahmen bietet die aktuelle Insolvenztabelle (Stand 18.5.2009). Insgesamt liegen derzeit 12.814 Anmeldungen in Höhe von € 3.776,7 Mio. vor, die das theoretische Maximalrisiko aus dem Verfahren darstellen.

Im Einzelnen gliedern sich die Forderungsanmeldungen wie folgt: Meldung von	gesamt Mio. €	anerkannt/anerkannt f. d.Ausfall Mio. €	in	
			Arbeitbefindlich/bestritten Mio. €	vom Gläubiger zurückgenommen Mio. €
Lieferanten/Auftraggeber	926,2	276,7	373,2	276,3
Arbeitsgemeinschaften	419,4	25,9	180,5	213,0
Banken, Kreditversicherer	1.646,8	135,6	1.329,4	181,8
Personal	417,2	57,7	345,4	14,1
Sonstiges	367,1	123,7	197,6	45,8
	3.776,7	619,6	2.426,1	731,0

Im vorliegenden Jahresabschluss wurden in den Rückstellungen und Verbindlichkeiten Verpflichtungen in Höhe von insgesamt € 1.527,5 Mio. erfasst, d. h. € 2.249,2 Mio. weniger als gemäß Tabelle geltend gemacht sind.

Hierbei ist Folgendes zu beachten:

- Von den ursprünglichen Beträgen wurden, wie oben ersichtlich, bereits € 731,0 Mio. wieder von den Gläubigern zurückgenommen, zum Teil als Ergebnis von Vergleichsverhandlungen, aufgrund von Zahlungen aus der Masse an den Lieferantenpool oder aufgrund von Doppelanmeldungen bzw. ansonsten unberechtigter Anmeldungen.
- Von Banken und Kreditversicherern wurde vorläufig das die WALTER BAU-AG i. I. betreffende komplette Avalvolumen in Höhe von € 1.154,0 Mio. angemeldet. Bei einer geschätzten endgültigen Inanspruchnahme von rund 57,2 % bzw. € 660,1 Mio. (vgl. Ziff. 5.2) werden sich die Anmeldungen von Banken und Kreditversicherern um ca. € 493,9 Mio. durch Rücknahmen reduzieren.
- Des Weiteren wurden von Banken und Kreditversicherern Teilbeträge aus dem die veräußerten Tochtergesellschaften betreffenden Avalbestand zur Tabelle angemeldet, obwohl keine Inanspruchnahme der WALTER BAU-AG i. I. in Frage kommt. Hieraus sind weitere Rücknahmen zu erwarten.
- Hinzu kommt, dass von Lieferanten, Auftraggebern und Arbeitsgemeinschaften in der Regel ebenfalls vorläufig das jeweilige Maximalrisiko angemeldet wurde, auch wenn dieses teilweise durch Bürgschaften abgesichert ist. Speziell bei den Arbeitsgemeinschaften kommt hinzu, dass Anmeldungen identischer Beträge sowohl durch die Arbeitsgemeinschaft selbst als auch durch den oder die jeweiligen Partner erfolgen.

Insoweit liegen also Doppelerfassungen vor (vgl. oben), d. h. auch in diesen Bereichen ist mit weiteren Rücknahmen zu rechnen.

- Zusätzliche Reduktionen beim angemeldeten Bestand sind nach Vorlage der endgültigen Abrechnungen seitens weiterer kreditgewährender Institute, des PSV aG oder der Finanz-ämter zu erwarten.

## **5. Ausblick (Prognosebericht)**

Aus den im vorliegenden Lagebericht beschriebenen Maßnahmen haben sich folgende Aufgabenfelder entwickelt, die den weiteren Verfahrensverlauf bestimmen.

### **5.1. Weitere Verwertungsaktivitäten**

- Die Verwaltung und Verwertung des noch vorhandenen mit Grundpfandrechten belasteten und des im freien Vermögen befindlichen Immobilienbestands erfolgt weiterhin durch die frühere Immobilienabteilung der WALTER BAU-Gruppe im Rahmen der bereits beschriebenen Vereinbarung mit den Mitgliedern des Avalpools.

Da die Objekte wegen ihrer geografischen Lage und der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Situation zum Teil nur schwer verwertbar sind, wird sich die Abwicklung in diesem Bereich deutlich länger als der ursprünglich angenommene Zeitraum, bis mindestens Ende 2010, erstrecken.

- Im Bereich der Finanzanlagen sind diverse geringfügige Beteiligungen und Genossenschaftsanteile noch zu verwerten.
- Der von dem hiermit betrauten Projektteam betriebene Einzug der offenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gestaltet sich wegen umfangreicher geltend gemachter Gegenansprüche der Auftraggeber sowie laufender Rechtsverfahren zunehmend schwierig, sodass mit einem kurzfristigen Abschluss des Forderungseinzugs nicht zu rechnen ist.
- Ebenfalls sehr langwierig gestaltet sich die Beitreibung von Forderungen gegen Arbeitsgemeinschaften, da hierbei zunächst die zugrunde liegenden Auseinandersetzungsbilanzen, die von den ehemaligen Arge-Partnern der WALTER BAU-AG i. I. zu erstellen sind und zu einem großen Teil noch nicht vorgelegt wurden, geprüft und die Ansprüche verhandelt werden müssen. Die Bearbeitung erfolgt durch ein Team aus mit dem Arge-Thema vertrauten Mitarbeitern der WALTER BAU-AG i. I. sowie mit juristischer Unterstützung durch die Insolvenzverwaltung und externe Fachleute.

Der angenommene zu realisierende und der Masse zur Verfügung stehende Betrag von € 20,0 Mio. ist angesichts bis dato bereits vereinnahmter rd. € 10,3 Mio. weiterhin realistisch, wobei der Abwicklungszeitraum mit weiteren ein bis zwei Jahren zu veranschlagen sein dürfte.

- Weiterhin bestehen noch diverse offene (Auslands-) Forderungen im Bereich früherer internationaler Bauaufträge, mit deren Beitreibung gegen entsprechende Verprovisionierung die DYWIDAG International GmbH, München, sowie ehemalige leitende Mitarbeiter der

Auslandsabteilung der WALTER BAU-AG i. I. beauftragt sind.

Da die in diesem Zusammenhang zum Teil laufenden Schieds- und sonstigen Verfahren sehr langfristig sind, wird der Abwicklungszeitraum mindestens bis Ende 2010 betragen.

## 5.2. Sonstige Abwicklungsmaßnahmen

Neben der in Ziff. 5.1 beschriebenen Verwertung des noch vorhandenen Vermögens umfasst die weitere Abwicklung die folgenden Tätigkeiten.

- Avalmanagement

Auf Basis der mit den avalgebenden Kreditinstituten und gesondert mit den Kreditversicherern getroffenen Vereinbarungen werden weiterhin in Anspruch genommene Avale bearbeitet, mit dem Ziel, die Auszahlungen zu minimieren. Eine vorliegende Hochrechnung geht davon aus, dass nach Abschluss der Avalbearbeitung rund 57,2 % des gesamten Avalbestands von € 1.154,0 Mio. zur Auszahlung gelangen werden.

Weiterhin wird auch die Rückführung von erhaltenen Nachunternehmerbürgschaften durch das Avalteam abgewickelt.

Aufgrund der hohen Zahl von Avalen und deren zum Teil langen Laufzeit ist mit einem weitgehenden Abschluss der Arbeiten in diesem Bereich nicht vor Ende 2010 zu rechnen. Neben der Deckung der laufenden Kosten des Avalteams ist mit einem Zufluss an Provisionen aus dem enthafteten Avalvolumen in Höhe von ca. € 1,0 bis 1,5 Mio. zur Masse zu rechnen.

- Archivierung

Das Archiv wird bei permanenter zulässiger Reduktion des Aktenbestandes bis weit über das Jahr 2010 hinaus aufrechtzuerhalten sein, zum einen, um den weiterhin gültigen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen Genüge zu tun, zum anderen jedoch insbesondere, um die für ein funktionierendes Aval- und Debitorenmanagement erforderlichen Unterlagen jederzeit verfügbar zu haben.

Wie bereits beschrieben, wurde diese Tätigkeit ab 1.1.2007 von der AME Gesellschaft für Archivierungsmanagement, Augsburg, übernommen.

- Forderungsanmeldungen

Eine weitere Aufgabe der Insolvenzverwaltung ist die Pflege der Insolvenztabelle der WALTER BAU-AG i. I., d. h. die Erfassung neuer Anmeldungen, von Statusänderungen (Anerkenntnisse, endgültiges Bestreiten) etc., über das EDV-System WINSOLVENZ.

- Rechnungslegung

Sämtliche gesetzlichen Rechnungslegungspflichten wie insbesondere die Führung der Finanzbuchhaltung, Aufstellung und Begleitung der

Prüfung von Jahresabschlüssen sowie steuerliche Pflichten bestehen grundsätzlich auch in der Insolvenz bis zum Verfahrensende fort und werden durch das Rechnungswesen der WALTER BAU-AG i. I. mit fachlicher Unterstützung der Insolvenzverwaltung wahrgenommen.

Hinzu kommt die Führung eines speziell für die Abwicklungserfordernisse eingeführten Kostenrechnungssystems, aus dem in geforderten Zeitintervallen die als Grundlage für entsprechende Erstattungen benötigten Kostennachweise generiert werden, z. B. für Massekostenbeiträge im Rahmen der Immobilienverwertung, des Forderungseinzuges, des Avalmanagements oder der Archivierung.

Eine weitere, aus insolvenzrechtlichen Gründen erforderliche Aufgabe der Insolvenzverwaltung ist die Einrichtung und Weiterführung von Einnahmen-/Ausgabenrechnungen im Rahmen des EDV-Systems WINSOLVENZ. Die hierfür nötige Neuverbuchung sämtlicher Geschäftsvorfälle seit Insolvenzantrag ist derzeit in Bearbeitung.

- Rechtliche und steuerliche Themen

Verschiedene, zum Teil bereits vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens anhängige Rechtsverfahren (Aktiv- und Passivprozesse) werden durch von der Insolvenzverwaltung beauftragte Juristen abgewickelt.

Insbesondere werden im Rahmen einer aus Mitarbeitern der WALTER BAU-AG i. I. und der Insolvenzverwaltung bestehenden Arbeitsgruppe geltend gemachte Insolvenzanfechtungsansprüche weiter verfolgt.

Eine weitere juristische Aufgabe ist die Überprüfung erklärter oder angekündigter Aufrechnungen durch ehemalige Auftraggeber oder die öffentliche Hand.

Im Bereich Steuern sind die Veranlagungsjahre 2004 ff. noch nicht betriebsgeprüft.

Offen ist ferner die abschließende umsatzsteuerliche Abgrenzung auf den Stichtag der Insolvenzeröffnung.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass ein Ende des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der WALTER BAU-AG i. I. derzeit nicht absehbar ist. Bedingt durch die oben beschriebene Vielschichtigkeit der Abwicklungsaufgaben und deren zum Teil erhebliche Zeitdauer wird sich das Verfahren weit über das Jahr 2010 hinaus erstrecken.

Nach heutigem Kenntnisstand ist die Befriedigung aller bestehenden und künftigen Masseverbindlichkeiten aus den Zuflüssen im Rahmen des Verfahrens gewährleistet. Eine quotale Ausschüttung an die Insolvenzgläubiger dürfte hingegen nur in geringem Umfang möglich sein.

## **6. Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB**

Das Grundkapital der WALTER BAU-AG i. I. beträgt € 154.251 Mio. und ist eingeteilt in 46.182.862 nennwertlose Stückaktien, hiervon 41.082.862 Stamm- und 5.100.000 Vorzugsaktien. Der Anspruch auf Einzelverbriefung der Stückaktien ist ausgeschlossen.

Darüber hinausgehende Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind nicht bekannt.

Gemäß letzter vorliegender Mitteilung vom 3.4.2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG verfügt die Bayerische Landesbank, München, über 5,4531 % der Stimmrechte an der WALTER BAU-AG i. I. Direkte oder indirekte Beteiligungen, die 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten, sind nicht bekannt.

Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Aktiengesetzes und der Satzung durch den Aufsichtsrat. Satzungsänderungen werden in Einklang mit dem Aktiengesetz im Rahmen einer ordentlichen Hauptversammlung beschlossen. Der Aufsichtsrat ist jedoch ermächtigt, Satzungsänderungen vorzunehmen, die nur die redaktionelle Fassung betreffen.

Weitere im Sinne von § 289 Abs. 4 Ziff. 1 bis 9 HGB berichtspflichtige Sachverhalte liegen nicht vor.

## Bilanz zum 31. Dezember 2007

### Aktiva

	Anhang	31.12.2007	31.12.2006
		T€	T€
<b>Anlagevermögen</b>			
Sachanlagen		13.783	26.726
Finanzanlagen		12.833	35.152
	(5)	26.616	61.878
<b>Umlaufvermögen</b>			
Vorräte	(6)	10.162	17.258
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(7)	46.207	53.764
Wertpapiere		0	227
Liquide Mittel	(8)	43.289	39.217
		99.658	110.466
Rechnungsabgrenzungsposten		52	56
		126.326	172.400
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		1.401.164	1.434.127
		1.527.490	1.606.527

**Passiva**

	Anhang	31.12.2007	31.12.2006
		€	€
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		154.251	154.251
Kapitalrücklage		19.572	19.572
Gewinnrücklagen		48.912	48.912
Bilanzverlust		-1.623.899	-1.656.862
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		1.401.164	1.434.127
	(9)	0	0
Rückstellungen	(10)	670.001	700.334
Verbindlichkeiten	(11)	857.482	906.193
Rechnungsabgrenzungsposten		7	0
		1.527.490	1.606.527

	Anhang	2007	2006
		T€	T€
Umsatzerlöse	(14)	8.388	17.831
Verminderung des Bestands an nicht abgerechneten Bauarbeiten und fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-221	-4.008
		8.167	13.823
Sonstige betriebliche Erträge	(15)	26.381	18.475
		34.548	32.298
Materialaufwand	(16)	-1.623	-2.732
Personalaufwand	(17)	-5.691	-10.707
Abschreibungen auf Sachanlagen		-80	-1.812
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	-12.039	-14.797
Abschreibungen auf Finanzanlagen	(19)	-147	0
Zinsergebnis	(20)	3.235	-830
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		18.203	1.420
Außerordentliches Ergebnis	(21)	15.102	-6.370
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	423
Sonstige Steuern	(22)	-342	-349
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)		32.963	-4.876
Verlustvortrag		-	-
		1.656.862	1.651.986
Bilanzverlust		-	-
		1.623.899	1.656.862

## **Anhang, für das Geschäftsjahr 2007**

### **1. Allgemeine Angaben**

Der Vorstand der WALTER BAU-AG i. I. hat am 1.2.2005 beim Amtsgericht Augsburg- Insolvenzgericht – einen Antrag auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt. Das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft wurde am 1.4.2005 unter Aktenzeichen 6 IN 94/05 beim Amtsgericht Augsburg eröffnet, und Herr Wirtschaftsprüfer Werner Schneider, Eserwallstr. 1-3, 86150 Augsburg, wurde zum Insolvenzverwalter bestellt.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2007 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes unter Beachtung insolvenzrechtlicher Besonderheiten aufgestellt. Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Aus Gründen der Klarheit der Darstellung werden einzelne Posten des vorgeschriebenen Gliederungsschemas zusammengefasst und im Anhang gesondert erläutert.

In den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sind darüber hinaus die insolvenzbedingten ausweistechnischen Besonderheiten erkennbar. Insbesondere sind weitere aus der Insolvenz resultierende Bewertungsmaßnahmen im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

### **2. Konzernabschluss**

Die WALTER BAU-AG i. I. hat zum 31.12.2007 in Anwendung der Vorschriften des § 296 HGB keinen Konzernabschluss aufgestellt. Dies ist im Einzelnen wie folgt zu begründen:

In 2005 wurden Insolvenzverfahren über die Vermögen von 20 inländischen und 3 ausländischen Tochterunternehmen (hierunter der australische WCG-Teilkonzern mit rund 30 Tochtergesellschaften) eröffnet, die bisher in den Konzernabschluss der WALTER BAU-AG i. I. einbezogen waren. Aus den insolvenzrechtlichen Vorschriften ergeben sich erhebliche und andauernde Beschränkungen in der Ausübung der Rechte der Muttergesellschaft sowohl hinsichtlich des Vermögens als auch hinsichtlich der Geschäftsführung der Tochterunternehmen.

Infolgedessen entfällt in Anwendung von § 296 Abs. 1 Ziffer 1 HGB die Einbeziehung der insolventen Konzern-Gesellschaften.

Bei einer Reihe von inländischen und ausländischen grundsätzlich zu konsolidierenden Tochterunternehmen ist es aufgrund der Insolvenz des Mutterunternehmens und eines Teils der betreffenden Gesellschaften de facto nicht mehr oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich, die zur Aufstellung eines Konzernabschlusses erforderlichen Angaben zu erhalten (§ 296 Abs. 1 Ziffer 2 HGB). Dies

betrifft vor allem die insolvente australische WCG-Gruppe.

Die verbleibenden nicht insolventen Tochterunternehmen sind sowohl für sich betrachtet als auch in ihrer Gesamtheit für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der in Abwicklung befindlichen WALTER BAU-Gruppe von untergeordneter Bedeutung (§ 296 Abs. 2 HGB).

Eine Übersicht über die oben beschriebenen Gesellschaften ist der als Anlage 2 zum Anhang beigefügten Aufstellung des Anteilsbesitzes zu entnehmen.

### **3. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Aufgrund der eingetretenen Insolvenz war gemäß § 252 Abs. 2 i.V.m. § 252 Abs. 1 Ziffer 2 HGB sowie § 270 Abs. 2 Satz 3 AktG eine Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erforderlich. Die bis einschließlich des Geschäftsjahres 2003 angewandte Going-Concern-Prämisse wurde durch die Bilanzierung und Bewertung zu Zeitwerten unter Zerschlagungs- bzw. Liquidationsgesichtspunkten ersetzt. Die Bewertung der Vermögensgegenstände richtet sich daher im Wesentlichen nach den Verhältnissen des Absatzmarktes; die Schulden werden mit dem Wert angesetzt, der zu ihrer Erfüllung voraussichtlich aufgewendet werden muss.

Die Grundsätze der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 8.12.2005 (IDW RS HFA 17) fanden hierbei Berücksichtigung, insbesondere was die Einbeziehung aller wertaufhellenden Erkenntnisse bis zum Bilanzstellungszeitpunkt betrifft. Trotz des langen Wertaufhellungszeitraums beinhaltet der vorliegende Jahresabschluss in die Zukunft gerichtete Wertansätze und Angaben, die auf Annahmen, Erwartungen und Schätzungen mit den entsprechenden Risiken und Unsicherheiten beruhen.

Die Auswirkungen der vorgenommenen Maßnahmen sind im Einzelnen bei den Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert wurden erforderlichenfalls durchgeführt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Einzelanschaffungskosten bis zu € 410 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Beteiligungsgesellschaften, über deren Vermögen ebenfalls das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, sind, soweit erforderlich, in voller Höhe außerplanmäßig abgeschrieben.

Die Vorräte sind mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder dem niedrigeren, am Bilanzstichtag beizulegenden Wert angesetzt.

Die Ansprüche aus Arbeitsgemeinschaften, aus denen die WALTER BAU-AG i. I. insolvenzbedingt ausgeschieden ist, wurden schätzweise ermittelt, da die Auseinandersetzungen zum großen Teil noch nicht abgeschlossen sind.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird allen erkennbaren Risiken insbesondere hinsichtlich ihrer kurzfristigen Realisierbarkeit durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Wegen zu erwartender insolvenzbedingter Ausfälle wurden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den Forderungen gegen Arbeitsgemeinschaften zusätzliche Wertberichtigungen gebildet.

Forderungen gegen Tochterunternehmen, über deren Vermögen ebenfalls das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, wurden zu 100 % wertberichtigt, soweit sie vor Insolvenzantragstellung (1.2.2005) entstanden waren, eine Ausschüttung an die Gesellschafterin nach Verfahrensende nicht zu erwarten ist und eine Verrechnung mit Gegenansprüchen ausscheidet.

Die Bewertung der Wertpapiere des Umlaufvermögens erfolgte im Vorjahr zu Anschaffungskosten oder zum am Bilanzstichtag niedrigeren Börsenkurs bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Flüssigen Mittel sind zum Nominalwert angesetzt.

Die Pensionsrückstellungen sind unverändert mit dem zuletzt zum 31.12.2004 ermittelten Teilwert gemäß § 6a EStG nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Richttafeln 1998 von Dr. Klaus Heubeck angesetzt. Hierbei ist jedoch davon auszugehen, dass die bei Abkehr von der Going-concern-Bewertung anzusetzenden Barwerte grundsätzlich unter den bisherigen Wertansätzen liegen. Neben den bisher passivierten unmittelbaren Verpflichtungen wurden Pensionsrückstellungen auch für mittelbare Pensionsverpflichtungen aus Unterstützungskassen und -vereinen sowie für Altzusagen i. S. v. Artikel 28 Abs. 1 EGHGB gebildet. Diese wurden reduziert um den beizulegenden Wert des Vermögens der Unterstützungskassen und -vereine, welches gemäß § 9 Abs. 3 Satz 1. BetrAVG auf den Pensions-Sicherungs-Verein aG (PSVaG) übergegangen ist und somit den Verpflichtungsumfang vermindert. Zusätzlich wurden in den Rückstellungen bereits zum Insolvenztichtag passivierte Verrechnungsverbindlichkeiten gegenüber den zwischenzeitlich gelöschten Unterstützungsvereinen ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen in Höhe des Betrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, insbesondere unter Berücksichtigung drohender insolvenzbedingter Inanspruchnahmen, nötig ist. Dies betrifft insbesondere Verpflichtungen aus dem nach Insolvenzeröffnung geschlossenen Sozialplan, aus mit Verfahrenseröffnung gekündigten Miet-, Pacht- und Leasingverträgen, Risiken aus Bürgschaftsinanspruchnahme sowie nicht durch Bürgschaften gedeckte Gewährleistungsrisiken.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungs- bzw. Rückzahlungsbetrag unter Berücksichtigung zur Insolvenztabelle angemeldeter Ansprüche angesetzt.

#### **4. Währungsumrechnung**

Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung werden zum Kurs am Tag der Erstverbuchung bewertet. Verluste und drohende Verluste aus Kursänderungen werden am Bilanzstichtag erfolgswirksam berücksichtigt.

#### **Erläuterungen zur Bilanz**

#### **5. Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagengitter dargestellt (vgl. Anlage 1 zum Anhang).

Grundstücke und Gebäude wurden, soweit erforderlich, auf ihre erzielten Veräußerungserlöse außerplanmäßig abgeschrieben (T€ 0, Vorjahr T€ 1.674). Wegen der derzeit schwierigen Verwertbarkeit wurde eine weitere Wertberichtigung auf den Immobilienbestand in Höhe von T€ 2.500 vorgenommen (Ausweis im außerordentlichen Ergebnis).

Beim übrigen Sachanlagevermögen waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf niedrigere beizulegende (Liquidations-)Werte erforderlich.

Die Zugänge bei den Finanzanlagen betreffen die Anteile an der AME Gesellschaft für Archivierungsmanagement mbH, Augsburg.

Zuschreibungen aufgrund zu erwartender Liquidationsresterlöse erfolgten im Vorjahr in Höhe von T€ 34.

Die aus Verkäufen resultierenden (Buchwert-) Abgänge bei den Finanzanlagen betrugen T€ 20.909 (Vorjahr T€ 1.157). Sie betrafen im Wesentlichen die DMT Don Muang Tollway Public Comp. Ltd., Bangkok, (T€ 14.000) und die WTB International AG, Zug/Schweiz, (T€ 6.293).

Außerplanmäßige Abschreibungen auf künftig zu erwartende Liquidations- oder Veräußerungserlöse waren bei der Dyckerhoff & Widmann Immobilien GmbH, München, in Höhe von T€ 1.500 (Vorjahr T€ 0) sowie im Vorjahr bei der WGI WALTER Group International GmbH, Augsburg, in Höhe von T€ 750 sowie bei der WALTER Holdings (Canada) Ltd., Calgary, in Höhe von T€ 1.000 erforderlich.

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist diesem Anhang als Anlage 2 beigefügt.

Auf die nach § 285 Satz 1 Nr. 11 und 11a HGB erforderlichen Angaben von Eigenkapital und Jahresergebnis wird gemäß § 286 Abs. 3 Ziffer 1 HGB verzichtet, da diese keine zusätzlichen Aufschlüsse zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liefern und somit für deren Darstellung von untergeordneter Bedeutung sind.

Dies ergibt sich insbesondere aus folgenden Sachverhalten:

Im vorliegenden Jahresabschluss sind alle erkennbaren Risiken aus den Tochtergesellschaften berücksichtigt. Insbesondere wurden die Anteile an veräußerten oder in Liquidation befindlichen Gesellschaften, soweit erforderlich, auf die in den Folgejahren erzielten oder zu erwartenden Verkaufspreise oder Liquidationsresterlöse abgewertet.

Das Eigenkapital oder das Jahresergebnis der Unternehmen des ehemaligen WALTER-BAU-Konzerns sind für die Abwicklung der WALTER BAU-AG i. I. ohne weitere Bedeutung.

## 6. Vorräte

Bei den Vorräten handelt es sich um zum Verkauf bestimmte Grundstücke, die zu mittelfristig erzielbaren Veräußerungserlösen angesetzt wurden. Außerplanmäßige Abschreibungen waren in Höhe von T€ 6.000 erforderlich (Vorjahr T€ 0).

## 7. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2007	31.12.2006
	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.689	15.490
Forderungen gegen Arbeitsgemeinschaften	10.223	11.876
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.922	15.435
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3	173
Sonstige Vermögensgegenstände	19.370	10.790
	46.207	53.764

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Einzelwertberichtigungen in Höhe von T€ 120.110 (Vorjahr T€ 141.414) gebildet. Die aufgrund zu erwartender insolvenzbedingter Ausfälle zusätzlich eingestellten Wertberichtigungen in Höhe von T€ 19.332 waren mit T€ 15.689 beizubehalten.

Ebenso waren die Forderungen gegen Arbeitsgemeinschaften um T€ 44.564 (Vorjahr T€ 40.681) pauschal wertzuberichtigen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen im Wesentlichen die OPTIMALGRUND Bauträger GmbH i. I., München, mit T€ 10.686 (Vorjahr T€ 15.389).

Hierauf wurde im Vorjahr eine Abschreibung von T€ 5.500 vorgenommen. Zuschreibungen erfolgten im Vorjahr bei drei Gesellschaften in

Höhe von insgesamt T€ 60.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Restforderungen aus Beteiligungs- und Grundstücksverkäufen mit T€ 9.846 (Vorjahr T€ 5.623), Steuerforderungen gegen die Finanzverwaltung mit T€ 4.953 (Vorjahr T€ 611), debitorische Kreditoren mit T€ 682 (Vorjahr T€ 1.358) sowie Forderungen gegen Versicherungen und weitere Ansprüche aus der Insolvenzabwicklung.

## 8. Liquide Mittel

Von den liquiden Mitteln der WALTER BAU-AG i. I. in Höhe von T€ 43.289 (Vorjahr T€ 39.217) waren zum Bilanzstichtag T€ 1.715 (Vorjahr T€ 4.437) nicht frei verfügbar und als Sicherheit hinterlegt.

## 9. Eigenkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt T€ 154.251, davon sind

- T€ 137.217 Stammaktien und
- T€ 17.034 Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

Es ist eingeteilt in 46.182.862 auf den Inhaber, nicht auf einen Nennbetrag lautende Stückaktien.

Die nennwertlosen Stückaktien unterteilen sich in

- 41.082.862 Stammaktien und
- 5.100.000 Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen. Die Stamm- und Vorzugsaktien sind an den Börsen in Frankfurt und München im amtlichen Handel notiert und werden in Berlin und Hamburg im Freiverkehr gehandelt.

Die Gewinnrücklagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007	31.12.2006
	T€	T€
Gesetzliche Rücklage	562	562
Andere Gewinnrücklagen	48.350	48.350
Gewinnrücklagen	48.912	48.912

## 10. Rückstellungen

	31.12.2007	31.12.2006
	T€	T€
Pensionsrückstellungen	305.406	300.000
Steuerrückstellungen	1.000	1.000
Sonstige Rückstellungen	363.595	399.334
	670.001	700.334

Bei den unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen (Stand unverändert seit 31.12.2004: T€ 111.877) bestand wegen der vor Inkrafttreten des HGB von 1986 zulässigerweise unterlassenen Dotierung ein nicht bilanzierter Unterschiedsbetrag von T€ 2.333, der zum 31.12.2004 passiviert wurde. Außerdem wurden 2004 erstmals die bisher aus denselben Gründen nicht bilanzierten aus den Unterstützungskassen und -vereinen resultierenden Verpflichtungen angesetzt (T€ 231.334). Nach Abzug geschätzter Beträge für das Vermögen der Unterstützungskassen, was den Verpflichtungsumfang entsprechend reduziert, ergibt sich eine Rückstellung zum Bilanzstichtag in Höhe von unverändert T€ 300.000. Der Zugang von T€ 5.406 resultiert aus bisher in den Verbindlichkeiten ausgewiesenen Verrechnungssalden der WALTER BAU-AG i. I. gegenüber den zwischenzeitlich gelöschten Unterstützungsvereinen (Übergang auf den PSV AG).

Die sonstigen Rückstellungen enthalten:

	31.12.2007	31.12.2006
	T€	T€
Rückstellungen aus dem Personalbereich für Abfindungen und andere Verpflichtungen	47.385	47.398
Rückstellungen zur Risikovorsorge für Gewährleistungen und Bürgschaftsinanspruchnahme	271.559	304.091
Übrige	44.651	47.845
	363.595	399.334

In den Rückstellungen aus dem Personalbereich sind Rückstellungen für insolvenzbedingte

Sozialplankosten (unverändert T€ 34.600) sowie Gehaltsnachzahlungen in Höhe von T€ 12.149 (Vorjahr T€ 12.051) enthalten.

Für die drohende Inanspruchnahme aus von Banken und Kreditversicherern herausgelegten Bürgschaften waren Rückstellungen zu bilden. Der gesamte im Inland zur Verfügung stehende, durch Grundpfandrechte und die Verpfändung von Wertpapieren des Anlagevermögens besicherte Avalkreditrahmen, belief sich auf T€ 1.154.006. Im Wesentlichen handelte es sich um Vorauszahlungs-, Vertragserfüllungs-,

Gewährleistungs-, Ausschüttungs- sowie um Bürgschaften gemäß § 648a BGB.

Im Rahmen der Avalbearbeitung und -abwehr wurde eine Schätzung der sich voraussichtlich ergebenden tatsächlichen Inanspruchnahme aus den Avalziehungen vorgenommen. Diese bewegt sich unverändert zwischen 32,71 % bei den Gewährleistungs- und 88,14 % bei den Vorauszahlungsbürgschaften. Die entsprechend gebildeten Rückstellungen belaufen sich nach Inanspruchnahmen auf insgesamt T€ 227.574 (Vorjahr T€ 255.063).

Des Weiteren wurden Rückstellungen für nicht durch Bürgschaften gedeckte Gewährleistungsansprüche, für weitere Ansprüche aus derzeit nicht anerkannten Tabellenforderungen sowie für Gewährleistungsansprüche aus Arbeitsgemeinschaftsverträgen in Höhe von T€ 41.690 gebildet (Vorjahr T€ 46.659). Gemäß Tz. 24.2 des Muster-Arbeitsgemeinschaftsvertrages 2005 ist bei Ausscheiden eines Arge-Partners (z. B. wegen Insolvenz) ein fixer Prozentsatz (i. d. R. zwischen 2 % und 5 %) des Auftragswertes für Mängelrisiken in den Auseinandersetzungsbilanzen anzusetzen.

Zum Bilanzstichtag bestanden vor Insolvenz unter den sonstigen finanziellen Verpflichtungen ausgewiesene Ansprüche der jeweiligen Vertragspartner aus langfristigen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen, insbesondere aus zwei Immobilien-Leasingverträgen betreffend die Verwaltungsgebäude in Augsburg und München/Dornach. Da diese Verträge mit Insolvenzeröffnung nahezu komplett gekündigt wurden, sind entsprechende Schadensersatzansprüche geltend gemacht worden. Hierfür wurden unter Abzug geschätzter Beträge für die Verkaufserlöse der Mietobjekte Rückstellungen in Höhe von insgesamt T€ 37.300 (Vorjahr T€ 37.300) gebildet.

Daneben enthalten die übrigen Rückstellungen T€ 4.725 (Vorjahr T€ 7.595) für vertragliche vereinbarte Auskehrungen im Zusammenhang mit dem Einzug ausländischer Forderungen.

## 11. Verbindlichkeiten

	31.12.2007	31.12.2006
	Insgesamt	Insgesamt
	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	264.863	253.660
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	347.656	366.414
Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitsgemeinschaften	28.677	30.414
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	162.863	188.885
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.640	4.618
Sonstige Verbindlichkeiten	48.783	62.202
	857.482	906.193

Da mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens respektive Anmeldung zur Insolvenztabelle alle Verbindlichkeiten sofort fällig werden, sind de facto keine Verbindlichkeiten mit einer formalen Restlaufzeit von über einem Jahr mehr vorhanden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten Darlehen in Höhe von T€ 110.062 (Vorjahr T€ 120.063, hierin enthalten ein Massekredit von T€ 10.000) sowie Verbindlichkeiten aus Avalziehungen mit T€ 154.801 (Vorjahr T€ 133.597) und sind durch Grundpfandrechte besichert.

Soweit bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zur abgesonderten Befriedigung berechtigende Eigentumsvorbehalte bestehen, wurden diese von der Mehrzahl der anspruchsberechtigten Gläubiger bis zur Auseinandersetzung im Jahre 2008 im Rahmen zweier Lieferantenpools geltend gemacht.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen T€ 151.346 (Vorjahr T€ 168.071) Verpflichtungen gegenüber insolventen Tochtergesellschaften; hiervon bestehen gegenüber der WALTER Construction Group Ltd., Sydney/Australien (WCG)

T€ 85.722 (Vorjahr T€ 98.619).

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Steuerverbindlichkeiten von T€ 4.409 (Vorjahr T€ 6.102), Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit von T€ 15.669 (Vorjahr T€ 15.416) sowie Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesagentur für Arbeit aus Insolvenzgeldzahlungen von unverändert T€ 26.503 ausgewiesen.

## **12. Haftungsverhältnisse**

Es bestanden über die durch Rückstellungen (vgl. Ziff. 10) berücksichtigten Haftungsverhältnisse hinaus keine Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB.

## **13. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Zur Insolvenzeröffnung bestanden bei der WALTER BAU-AG i. I. Zahlungsverpflichtungen aus längerfristigen Leasingverträgen für bewegliche Anlagegegenstände sowie für langfristige Miet- und Pachtverträge. Die WALTER BAU-AG i. I. hatte außerdem Immobilien-Leasingverträge über veräußerte Verwaltungsgebäude in Augsburg und in München/

Dornach geschlossen. Weiterhin bestand ein Mobilien-Leasingvertrag über veräußerte Baugeräte.

Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurden die Immobilien-Leasingverträge, der Vertrag über das Baugeräte-Leasing sowie ein Großteil der übrigen Mobilien-Leasing- sowie der Miet- und Pachtverträge gekündigt. Für mögliche Verpflichtungen aus diesen Verträgen bzw. deren Kündigung wurden Rückstellungen gebildet (vgl. die Erläuterungen zu den sonstigen Rückstellungen). Zur Tabelle angemeldete und anerkannte Beträge sind unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Seit Insolvenzeröffnung bestehen noch Leasingverträge für Kraftfahrzeuge und in geringem Umfang für Bürogeräte. Mietverträge für benötigte Büroflächen wurden lediglich kurzfristig abgeschlossen. Die Verpflichtungen aus Kfz-Leasingverträgen belaufen sich auf insgesamt T€ 20, mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

## **Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

## **14. Umsatzerlöse**

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung der Aktiengesellschaft ausgewiesenen Umsatzerlöse umfassen im Wesentlichen Erlöse aus Leistungen im Rahmen der Insolvenzabwicklung.

## **15. Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen in Höhe von T€ 8.372 (Vorjahr T€ 3.482) sowie periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 25 (Vorjahr T€ 73), aus Versicherungsentschädigungen mit T€ 1.664 (Vorjahr T€ 530), aus der Ausbuchung verjährter Verbindlichkeiten mit T€ 11.188 (Vorjahr T€ 13) und sonstige periodenfremde Erträge mit T€ 304 (Vorjahr T€ 7.366).

### 16. Materialaufwand

	2007	2006
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	472	1.821
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.151	911
	1.623	2.732

### 17. Personalaufwand

	2007	2006
	T€	T€
Löhne und Gehälter	4.689	8.968
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	928	1.671
Aufwendungen für Altersversorgung	74	68
	5.691	10.707

Im Jahresdurchschnitt waren 100 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr 184).

## 18. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:

	2007	2006
	T€	T€
Rechts-, Beratungs- u. Prozesskosten	4.856	4.638
Dienstleistungen im Verwaltungs- u. EDV-Bereich	1.668	1.898
Mieten und Instandhaltungen	1.395	2.559
Versicherungen	631	847
Verluste aus Anlagenabgängen	471	230
Avalprovisionen und sonstige Nebenkosten des Geldverkehrs	320	1.125
Kosten des Bürobetriebs	114	224
Vertriebs- und Werbekosten	102	345
sonstige periodenfremde Aufwendungen	0	301
übrige	2.482	2.630
	12.039	14.797

## 19. Ergebnis Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr 2007 wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 147 (Vorjahr T€ 0) vorgenommen. Außerdem waren weitere außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 1.500 (Vorjahr T€ 1.750) erforderlich; diese wurden im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

## 20. Zinsergebnis

	2007	2006
	T€	T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.602	1.357
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-367	-2.187
	3.235	-830

## 21. Außerordentliches Ergebnis

	2007	2006
	T€	T€
Außerordentliche Erträge	25.102	8.272
Außerordentliche Aufwendungen	-10.000	-14.642
	15.102	-6.370

Die außerordentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge aus der Auflösung von Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 25.102 (Vorjahr T€ 8.212).

Erträge aus der Zuschreibung zu hoher Abschreibungen auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 0 (Vorjahr T€ 60).

Folgende außerordentliche Aufwendungen fielen im Geschäftsjahr an:

	2007	2006
	T€	T€
• außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen (vgl. Ziff. 5)	2.500	0
• außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen (vgl. Ziff. 5)	1.500	1.750
• außerplanmäßige Abschreibungen auf Vorratsvermögen (vgl. Ziff. 6)	6.000	0
• außerplanmäßige Abschreibungen auf Forderungen gegen verbundene und gegen Beteiligungsunternehmen (vgl. Ziff. 7)	0	5.500
• Zuführung zur Rückstellung für insolvenzbedingte Abfindungs- und Altersteilzeitverpflichtungen	0	6.600
• Ausbuchung nicht anerkannter Zinsansprüche	0	792
	10.000	14.642

## 22. Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen im Wesentlichen Grundsteuern.

## 23. Beteiligungsverhältnisse

Die Bayerische Landesbank Girozentrale, München, hat uns mit Schreiben vom 3.4.2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr zum 1.4.2002 5,4531 % der Stimmrechte an unserer Gesellschaft zustehen. Mitteilungen über Anteilsveräußerungen liegen nicht vor.

## 24. Deutscher Corporate Governance Kodex

Die zuletzt im Dezember 2004 aktualisierte Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat der WALTER BAU-AG i. I. zum „Deutschen Corporate Governance Kodex“ gemäß § 161 AktG war den Aktionären der WALTER BAU-AG i. I. auf der zwischenzeitlich abgeschalteten

Homepage zugänglich gemacht worden.

## 25. Honorar des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein Honorar in Höhe von T€ 30 für die zum Abschlussprüfer bestellte Deloitte & Touche GmbH im Aufwand erfasst.

## 26. Aufsichtsrat und Vorstand

### Aufsichtsrat

Gemäß § 7 Ziff. 2 der gültigen Satzung der AG (Stand: August 2001) werden die Mitglieder des Aufsichtsrats bis zur Beendigung der Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Da eine Wahl des Aufsichtsrats zuletzt in der Hauptversammlung des Jahres 2001 erfolgt war, hätte die Amtszeit regulär mit Beendigung der Hauptversammlung zur Entlastung für das Geschäftsjahr 2005, also im Jahre 2006, geendet. Hauptversammlungen finden zwar seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht mehr statt, dennoch wird von einem Ende der Amtszeit der verbliebenen Aufsichtsräte spätestens mit Ablauf des 30.11.2006, des letztmöglichen Tages zur Durchführung einer regulären Hauptversammlung, ausgegangen.

Der Aufsichtsrat sowie frühere Mitglieder des Aufsichtsrats oder deren Hinterbliebene erhielten keine Bezüge. Kredite bestehen nicht.

### Vorstand

Dipl.-Ing. Uwe Drewes, Leonberg (bis 21.5.2007)

Dipl.-Kfm. Peter Kern, Neusäß (bis 21.5.2007)

Mitglied des Aufsichtsrates der Datapharm Netsystems AG, Germering

Dipl.-Ing. Volker Westmeyer, Essen (seit 21.5.2007), Gesamtvorstand

Dipl. oec. Univ. Johannes Zuber, Aystetten (seit 21.5.2007), Gesamtvorstand hauptberufliche Tätigkeit als selbständiger beratender Betriebswirt

Die Bezüge des Vorstands in Höhe von T€ 305 (Vorjahr T€ 354) setzen sich wie folgt zusammen:

	Erfolgsunabhängige Bezüge T€	Erfolgsabhängige Bezüge T€
Dipl.-Ing. Uwe Drewes	0	0
Dipl.-Kfm. Peter Kern	40	103
Dipl.-Ing. Volker Westmeyer	162	0
Dipl. oec. Univ. Johannes Zuber	0	0
	202	103

grundsätzlich vom PSVaG übernommen. Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern oder ihren Hinterbliebenen sind unverändert gegenüber dem Vorjahr T€ 19.326 zurückgestellt. Der Teilwert dieser Pensionsverpflichtungen beträgt bei einem Zinssatz von 6 % nach den Heubeck'schen Richttafeln 1998 T€ 19.093.

Kredite an Vorstandsmitglieder bestehen nicht.

### **27. Hinweis zur Ergebnisverwendung**

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzverlust in Höhe von T€ 1.623.899 auf neue Rechnung vorzutragen.

**Augsburg, den 20. Mai 2009**

**WALTER BAU-AG i. I., Augsburg**

*Werner Schneider*

*als Insolvenzverwalter*

**ANLAGENGITTER: 31.12.2007**

T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchung	31.12.2007
				Nachaktiv.	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte, Lizenzen	12	0	12	0	0
Summe I.	12	0	12	0	0
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	81.600	0	27.645	0	53.955
2. Maschinen, Technische Anlagen	140	0	46	0	94
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.592	24	799	0	1.817
Summe II.	84.332	24	28.490	0	55.866
<b>III. Finanzanlagen</b>					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	185.375	237	9.309	0	176.303
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	86.950	0	0	0	86.950
3. Beteiligungen	24.286	0	20.960	0	3.326
4. Sonstige Ausleihungen	1	0	0	0	1
Summe III.	296.612	237	30.269	0	266.580
Summe	380.956	261	58.771	0	322.446

T€	Kumulierte Abschreibungen					31.12.2007
	01.01.2007	Zugang	Abgang	Umbuchung	Zuschreibg	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte, Lizenzen	12	0	12	0	0	0
Summe I.	12	0	12	0	0	0
<b>II. Sachanlagen</b>						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	55.087	2.500	17.337	0	0	40.250
2. Maschinen, Technische Anlagen	137	2	46	0	0	93
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.382	78	720	0	0	1.740
Summe II.	57.606	2.580	18.103	0	0	42.083
<b>III. Finanzanlagen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	166.405	1.500	2.400	0	0	165.505
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	86.950	0	0	0	0	86.950
3. Beteiligungen	8.105	147	6.960	0	0	1.292
4. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0
Summe III.	261.460	1.647	9.360	0	0	253.747
Summe	319.078	4.227	27.475	0	0	295.830

T€	Buchwerte	
	31.12.2007	31.12.2006
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte, Lizenzen	0	0
Summe I.	0	0
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	13.705	26.513
2. Maschinen, Technische Anlagen	1	3
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	77	210
Summe II.	13.783	26.726
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	10.798	18.970
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0
3. Beteiligungen	2.034	16.181
4. Sonstige Ausleihungen	1	1
Summe III.	12.833	35.152
Summe	26.616	61.878

**Anteilsbesitz am 31.12.2007**

Ges. Nr.		Kapitalanteil zum
		31.12.2007
		%
	1.Insolvente Gesellschaften	
	Inland	
130123	AGV Alpha Grundstücks und Geräteverwertungs GmbH & Co. KG i. I., Augsburg <sup>1)</sup>	94,00 <sup>3)</sup>
130122	AGV Alpha Grundstücks- und Geräteverwertungs Verwaltungs GmbH i. I., Augsburg <sup>1)</sup>	40,00
180040	Allplan Gesellschaft für Planung und Beratung im Ingenieurbau mbH i. I., Augsburg	100,00
117500	Ausbau Großenhain GmbH i. I., Großenhain	100,00
130703	AUTARKA GmbH Vermittlung von Versicherungen aller Art i. I., Augsburg	100,00
180994	Bautzener Brauerei Grundstücksgesellschaft mbH i. I., Augsburg	100,00
117310	BS-Baugeräte Service GmbH & Co. KG i. I., Augsburg	75,00
130107	BS-Baugeräte-Service-Verwaltungsgesellschaft mbH i. I., Augsburg	75,00
130050	Deutsche Bau-Consulting GmbH i. I., Friedberg	100,00
118800	Deutsche Bauhütte GmbH i. I., Bremen <sup>1)</sup>	100,00
130061	Deutsche Bauhütten GmbH i. I., Augsburg	100,00
112200	Deutsche Bauhütten GmbH i. I., Hamburg <sup>1)</sup>	100,00
130068	Grundstücksgesellschaft Hammfelddamm mbH i. I., Augsburg	100,00
130101	HEILIT PROJEKT SF Bau + Projektentwicklung GmbH i. I., München	100,00
180030	KORIN Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Projekt 17 KG i. I., Grünwald <sup>1)</sup>	94,50 <sup>3)</sup>
130042	LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co., Objekt Augsburg OHG i. I., Düsseldorf	100,00 <sup>3)</sup>
130102	Lupra Grundstücksgesellschaft mbH i. I., München	100,00
130043	MC-Management Consult GmbH i. I., Augsburg	100,00

130105	Niklas GmbH i. I., Roding	100,00
120040	OPTIMALGRUND Bauträger GmbH i. I., München	100,00
130045	Sachsen-Schwertransport GmbH i. I., Dresden	100,00
118400	Schnurpfeil Tiefbau GmbH i. I., München	100,00
112700	TRW Grundstücksverwaltung AG & Co. i. I., Aschheim <sup>1)</sup>	94,50
118300	WALTER BAU Sachsen GmbH i.I., Chemnitz	100,00
117330	WALTER Betonsanierung und Erhaltung GmbH i. I., Augsburg	100,00
130040	WALTER DYWIDAG Engineering GmbH i. I., München	100,00
130051	WALTER Straßenbau GmbH i. I., Nürnberg	100,00
130052	WALTER Wasser- und Abwassertechnik GmbH i. I., Augsburg	100,00
130067	Wohnungsbaugesellschaft am Klausenberg mit beschränkter Haftung i. I., Augsburg	97,00
	Ausland	
118730	Dyckerhoff & Widmann spol.s r.o., Prag / Tschechische Republik	100,00
117420	DYWICON-Construcoes Lda. i. I., Lissabon / Portugal	100,00
130979	WALTER Construction Group Ltd., Sydney / Australien <sup>1)</sup> -Konzernabschluss mit insgesamt 31 Gesellschaften	100,00
130146	WGI Walter Group International GmbH i. I., Salzburg	100,00

## Anteilsbesitz am 31.12.2007

### Kapitalanteil zum 31.12.2007

Ges. Nr.		%
	Nicht insolvente Gesellschaften	
	Inland	
	ABM Allgäuer Bitumen-Mischwerke GmbH & Co., Kempten 4)	33,33
	ABM Allgäuer Bitumen-Mischwerke GmbH, Kempten 4)	33,33
	AME Gesellschaft für Archivierungsmanagement mbH, Augsburg,	100,00
130070	AUGUSTA Vermittlung- und Beratungs-GmbH i. L., Augsburg 5)	100,00
130982	Dyckerhoff & Widmann Immobilien GmbH, München 1)	94,50
130981	FARA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH, Grünwald	94,50
	Grundstücksgesellschaft Objekt Blankenauerstraße mbH i. L., Augsburg 1) 5)	97,00
	Novy Urengoy Bau- und Montage GmbH 5)	50,00
130104	O.B.G. Olympiastadion Besitz-GmbH i. L., Berlin 5)	49,00
130125	Prorema, An- und Vermietungsgesellschaft mbH i. L., Hamburg 5)	100,00
130126	ROBA Asphaltmischwerke Düsseldorf GmbH, Düsseldorf	40,00
180070	Unterstützungskasse DYWIDAG GmbH, München 2) 5)	100,00
117200	WGI WALTER Group International GmbH i. L., Augsburg 5)	100,00
117210	WPE - WALTER Projektentwicklung GmbH i. L., Augsburg 5)	100,00
	WSG WALTER Spannbeton GmbH i. L., Augsburg 2) 5)	100,00
	Ausland	
118930	Alphacon do Brasil S/C Ltda., Atibaia / Brasilien 1) 5)	100,00
180992	Con Brasil - Participacoes S/A Ltda., Atibaia / Brasilien	100,00
130997	Construction and Supervision Co., SARL Beirut / Libanon	100,00
130991	DYWIDAG - Systems International Co. Ltd., Taipei / Taiwan	100,00

	DYWIDAG Polska Sp. z o.o., Warschau / Polen 5)	100,00
118830	Ericris Trading Inc., Panama / Panama 1) 5)	100,00
118630	Fazenda Sao Paulo do Cravari S.A., Diamantino / Brasilien 1)	83,00
117710	MISR DYWIDAG (S.A.E.), Kairo / Ägypten	40,00
130995	Noram Construction Technologies Inc., Montreal / Canada	100,00
119570	WALTER Group International Philippines Inc., Manila / Philippinen 1)	32,00
118960	WALTER Holdings (Canada) Ltd., Calgary / Canada 5) - Konzernabschluss mit insgesamt 6 Gesellschaften	100,00
130971		

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der WALTER BAU-AKTIENGESELLSCHAFT i. I., Augsburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Insolvenzverwalters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt.

Die nach § 161 AktG vom Vorstand und Aufsichtsrat jährlich abzugebende Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex wurde nicht abgegeben.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der WALTER BAU-AKTIENGESELLSCHAFT i. I., Augsburg, mit der genannten Einschränkung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung weiter einzuschränken, weisen wir pflichtgemäß auf die Ausführungen des Insolvenzverwalters im Anhang und im Lagebericht zu dem am 1. April 2005 über die Gesellschaft eröffneten Insolvenzverfahren und den damit verbundenen insolvenzbedingten

Besonderheiten der Rechnungslegung hin. Dort wird ausgeführt, dass der Jahresabschluss unter Aufgabe der Prämisse der Unternehmensfortführung aufgestellt worden ist. Darüber hinaus werden die insolvenzbedingten Besonderheiten der Bilanzierung und Bewertung umfassend dargestellt. In diesem Zusammenhang wird insbesondere in Abschnitt 4.2 des Lageberichts ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die der Bilanzierung und Bewertung zugrunde liegenden Annahmen und Erwartungen auf den Umständen und Kenntnissen basieren, die zum Zeitpunkt der Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht bekannt waren, dass zukunftsbezogene Prognosen und Schätzungen jedoch naturgemäß mit erhöhter Unsicherheit behaftet sind.

**München, den 17. Juli 2009**

**Deloitte & Touche GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

*Klinger, Wirtschaftsprüfer*

*Nandico, Wirtschaftsprüfer*

- [« Vorheriger Eintrag](#)
- [»Zurück zur Ergebnisseite](#)
- [Nächster Eintrag »](#)

- 
- [|Impressum](#)
  - [|Haftungsausschluss / Datenschutzerklärung](#)
  - [|AGB / Preise](#)
  - [|Sicherheitshinweise](#)